Beschlussvorlage

2014-2019/SR-041/1

Status: öffentlich

FB FB Bau/Stadtentwicklung
 SB Frau Turian

Erstellungsdatum: 28.10.2014
 Aktenzeichen

Betreff:

Ortsdurchfahrtsvereinbarung OD B1, 2. Bauabschnitt

Beratungsfolge:			Abstimmung			
			Ja	Nein	Ent	Bef
Sitzungsdatum	Gremium	Zuständigkeit				
27.10.2014	Bau- und Vergabeausschuss	Vorberatung				
27.11.2014	Stadtrat der Stadt Genthin	Entscheidung				

Ergebnis der Abstimmung: **beschlossen** **abgelehnt**

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat der Stadt Genthin bestätigt die Durchführung der Gemeinschaftsmaßnahme zum Bau der Ortsdurchfahrt B1, 2.BA , gemäß der Leistungsanteile/ Kostenbeteiligung aus der anliegenden Ortsdurchfahrtsvereinbarung dem Grunde nach.
 Dem Bau- und Vergabeausschuss wird die Kompetenz zur Bestätigung möglicher Nachverhandlungen übertragen.
 Die finanziellen Mittel sind unabweisbar mit dem Haushalt 2015 zu sichern.

(Dagmar Turian)
 Fachbereichsleiter/in

(Thomas Barz)
 Bürgermeister

Sachverhalt:

Mit Beschluss 2009-2014/SR-192 hat der Stadtrat die grundsätzlichen Beteiligung an der Gemeinschaftsmaßnahme zum Ausbau der B1 in der Ortslage Genthin bestätigt.

Der 1. Bauabschnitt befindet sich auf der Grundlage der bestätigten Ortsdurchfahrtsvereinbarung in Bearbeitung.

Um die Bauausführung für den 2. BA /Werderstraße zu sichern, bedarf es wiederholt des Abschlusses der weitergehenden Vereinbarung zur Durchführung des grundhaften Ausbaus in diesem Abschnitt.

Dazu wurde durch die Landesstraßenbaubehörde, analog der 1. Vereinbarung, ein Entwurf vorgelegt, der am 15.10.2014 fachlich vorberaten wurde.

Darauf aufbauend wurde eine Beschlusslage angelegt, die am 27.10.2014 vorberaten wurde.

Auf Grund unvorhersehbarer Feststellungen seitens der Landesstraßenbaubehörde (LSBB) bedurfte es einer ergänzenden Beschlussfassung des BUV am 27.10.2014.

Die Stadt Genthin wurde darüber in Kenntnis gesetzt, dass die bisherige Regelung zur Übernahme der Projektkosten für die vorbereitenden Planungsleistungen durch die LSBB ab dem 01.11.2014 nicht mehr gilt. Nach diesem Zeitpunkt muss jeder Vorhabenbeteiligte seine anteiligen Planungskosten selbst finanziell absichern.

Im Interesse der vorteilhaften Inanspruchnahme dieser Projektfinanzierungsanteile hat der Bau- und Vergabeausschuss einstimmig bestätigt, dass die Vereinbarung durch den Bürgermeister vor dem 01.11.2014 unterzeichnet werden darf, vorbehaltlich der Kostenbestätigung durch den SR.

Dazu wurde der Vereinbarungsentwurf mit Datum vom 30.11.2014 entsprechend angepasst. Daraus schlussfolgernd ist im § 13(8) dargestellt, dass die konkreten Kostenanteile in einem gesonderten Nachtrag zu dieser Vereinbarung geregelt werden.

Auf Grund von notwendigen Projektanalysen zur Regenentwässerung in diesem Bereich werden aktuell die Kostenkennziffern erarbeitet.

Diese sollen bis zur Beschlussfassung im Stadtrat vorliegen und werden zeitnah als Anlage zur Beschlussfassung ergänzt.

Die einzelnen Leistungsgruppen sind der anliegenden ODV zu entnehmen.

Parallel zur Vereinbarung für den 1. BA ist die Stadt auch im 2. BA für die Herstellung der Entwässerungsanlagen, die Wiederherstellung der Straßenbeleuchtung, Herstellung der Zufahrten und Gehwege, Begrünungsanteilen und die Herstellung der Parkstreifen verantwortlich.

Dabei wird für die Regenentwässerung und die Straßenbeleuchtung ein Finanzierungsanteil durch den Bund bereitgestellt.

Weitergehend soll die Stadt in örtlicher Kompetenz und im Auftrag des Bundes die Begrünung als Ausgleich und Ersatz sicherstellen, die durch den Bund dann refinanziert wird.

Das Ausschreibungsverfahren wird in 2 Losen mit jeweiligen Zuständigkeiten Bund, Stadt durchgeführt. Die Prüfung und Wertung führt jeder Vereinbarungspartner für sein Los selbst durch. Alle Beteiligten erteilen dem dann in der Gesamtbewertung aller Teilleistungen günstigsten Bieter den Zuschlag.

Die Leistungen des TAV werden auf einer gesonderten Vertragsgrundlage geregelt.

Die Refinanzierungsanteile werden auf der Grundlage der OD-Richtlinien und noch auszuwertender Projektuntersuchungen festgestellt und zeitnah eingearbeitet.

Durch den BUV war in Vorbereitung der Ausschreibung bereits zu entscheiden, ob ein Anspruch auf die Übernahme der gefälltten Bäume besteht. Eine gesonderte Entschädigung für das Holz kann durch den Bund nicht gewährt werden. Damit bestand der kommunale Entscheidungsbedarf, ob das geschlagene Holz in den Bestand der Stadt zu überführen ist, oder in das Ausschreibungsergebnis einfließen kann. Im Ergebnis der Beratung im BUV wurde einstimmig bestätigt, dass das Stammholz der gefälltten Bäume in den Bestand der Stadt zu überführen ist und gesondert verwertet wird.

Zur Sicherung des weitergehenden Bauablaufs ist vorgesehen, die Bauleistungen noch in diesem Jahr auszuschreiben und damit eine zeitnahe Beauftragung und Bauausführung im Frühjahr 2015 zu sichern.

Die Finanzierung ist unabweisbar mit dem Haushalt 2015 zu sichern.

Zur Sicherung des Gesamtablaufes der Gemeinschaftsmaßnahme muss vor Auftragserteilung/Ausschreibung die Finanzierungssicherheit mit einem gesonderten Beschluss, im Vorgriff auf den HH 2015 hergestellt werden.

Parallel dazu werden alle Voraussetzungen für die Antragstellung zur Fördermittelbeantragung erarbeitet. Die Entscheidung zur Bewilligung der bereits vorbeantragten Mittel ist noch nicht getroffen. Aktuell liegen keine Förderbestätigungen vor.

Daher ist mit dem noch zu erwartenden Finanzierungsbeschluss zu entscheiden, ob die Eigenmittel in voller Höhe bereitzustellen sind.

Anlagen: ODV B1, 2. BA, Fassung 30.10.2014

Finanzielle Auswirkungen:

Werden zeitnah bearbeitet und vor Beschlussfassung des SR vorgelegt.